

**Bernd-Peter Lange:**

Medienwettbewerb, Konzentration und Gesellschaft. Interdisziplinäre Analyse von Medienpluralität in regionaler und internationaler Perspektive. Wiesbaden 2008: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 346 Seiten, 34,90 Euro

**Wolfgang Schulz/Thorsten Held (Hrsg.):**

Mehr Vertrauen in Inhalte. Das Potenzial von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien. Berlin 2008: Vistas. 224 Seiten m. 8 Tab., 15,00 Euro

Wettbewerb und Regulierung

In beiden Bänden geht es um Fragen der Medienregulierung. Ausgangspunkt, Durchführung und Gestaltung der Analyse sind jedoch grundverschieden. Bernd-Peter Lange schöpft aus 40 Jahren wissenschaftlicher Analyse und Gutachtertätigkeit zu Medienwettbewerb, Medienkonzentration und ihren gesellschaftlichen Folgen. Entsprechend klingt vieles an, was man so oder so ähnlich an anderer Stelle schon einmal gelesen hat. Lange unternimmt den Versuch, die Grenzen der Wissenschaftsdisziplinen zu überbrücken und verschiedene Perspektiven zu integrieren. Dies gelingt leider nur teilweise, insbesondere, da Lange Analyse und Plädoyer nicht immer sauber voneinander trennt. In sieben Kapiteln arbeitet er jeweils kenntnisreich Perspektiven auf Medienwettbewerb und -konzentration auf. Er behandelt die Technikgeneseforschung, die Wirtschafts-, Kommunikations-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Soziologie und Makrotheorien. Die Zusammenführung der Ansätze fällt knapp aus, doch sie bietet die Basis für eine Reihe mehr oder minder expliziter Handlungsempfehlungen. Dies ist klar der spannendste Teil des Buchs, gerade auch, weil in Langes Ansichten die medienpolitischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte nachhallen und z. T. zunächst realitätsfremd wirken, etwa wenn er ein Fernsehsystem aus rein gebührenfinanziertem öffentlichem Rundfunk und kommerziellem Pay-TV fordert oder mit „kommunikativen Verschmutzungszertifikaten“ negative externe Effekte durch gewalthaltige Sendungen im kommerziellen Fernsehen eindämmen will. Der Schluss-

abschnitt mit den Fallstudien enttäuscht. Das unsystematische Vorgehen wirkt beliebig und ist nicht geeignet, „die eher theoretischen Ausführungen noch stärker mit Beispielen zu unterlegen“ (S. 317). Lange ist es ernst mit seiner Sorge um den Beitrag der Medien zum Funktionieren der Demokratie. Damit ist der Rahmen gesetzt und der Wert des Buchs deutlich gemacht. Die Stärke liegt weniger im neutralen Darstellen der theoretischen Zugänge und einer interdisziplinären Perspektive auf den Medienwettbewerb, sondern im kenntnisreichen Plädoyer für eine herrschaftsfreie bürgerliche Öffentlichkeit. Damit entspricht Lange wenig dem Zeitgeist – und genau deshalb ist sein Buch lesenswert.

Während Lange für eine striktere staatliche Regulierung argumentiert, diskutieren die Beiträge im Band von Schulz und Held das Potenzial von Ko- und Selbstregulierung, also die Frage, wie auch kommerzielle Veranstalter Verantwortung für die Öffentlichkeit wahrnehmen könnten. Wo Lange ein strukturelles Versagen kommerzieller Anbieter diagnostiziert, wird hier eine Gemeinwohlorientierung kommerzieller Inhaltsproduzenten, Zugangsprovider und der Rezipienten unterstellt. Wo Lange den Jugendschutz als Beispiel für das Versagen kommerzieller Anbieter heranzieht, gilt er hier als gelungene Umsetzung der Ko-Regulierung. Der Band dokumentiert eine Tagung mit demselben Titel, die im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2007 Perspektiven diskutieren sollte, wie Nutzer reflektiert insbesondere mit digitalen Medien umgehen können. Der Band dokumentiert die Diskussionen

der Arbeitsgruppen dieser Tagung. Am Ende des Bandes schließen sich zwei Kapitel mit Schlussfolgerungen an, eines aus politischer Perspektive, eines aus Perspektive der Herausgeber. In der Summe löst der Band von Schulz und Held das Versprechen einer internationalen Perspektive aus Langes Untertitel besser ein als dieser selbst: Es werden einmal mehr die Schwierigkeiten einer Harmonisierung der Regulierung in Europa deutlich, aber auch die Chancen von Ansätzen in anderen Ländern. Bei allem Enthusiasmus für die Verantwortungsübernahme auch durch die Industrie ist die Schlussfolgerung letztlich aber gar nicht so weit von Langes entfernt. Die Autoren halten eine öffentliche Finanzierung von Inhalten insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Qualitätsperspektive vorerst für unverzichtbar, eine reine Selbstregulierung scheint ihnen weder sinnvoll, noch mit den Vorgaben des EU-Rechts vereinbar.

Dr. M. Björn von Rimscha